NORDAMERIKA 02.03.2018 | Claus Leggewie

In Charakterschwäche vereint

Donald Trump sieht sich als Wiedergänger von Andrew Jackson, dem Gründer der Demokratischen Partei. Die beiden haben einiges gemeinsam.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Amerikanische Präsidenten gründen ihren Anspruch auf eine Kombination aus *History & Hope*, mit der sie sich in die ehrwürdige Geschichtstradition seit den Gründervätern der Republik einordnen und versprechen, das Land in eine noch bessere Zukunft zu führen. Ein Pressefoto zeigt Donald Trump, wie er andächtig auf ein Gemälde seines Vorvorläufers Andrew Jackson hochblickt, der als siebter Präsident von 1829 bis 1837 amtierte und als Gründer der Demokratischen Partei in die Geschichte der Vereinigten Staaten eingegangen ist. Das Porträt hängt im Kaminzimmer der *Hermitage*, Jacksons Plantage im Südstaat Tennessee, wo Trump seinem Vorbild zum 250. Geburtstag die Ehre erwies; im Oval Office ruht Jacksons strenger Blick auf dem POTUS, wenn er seine Dekrete signiert.

Diese Reverenz war eine politische Ansage: „Jackson war der erste, der die arrogante Elite herausforderte und niederrang. Kommt Ihnen das bekannt vor?“ Trumps Anhänger verehren den als Raubein und Haudegen berüchtigten Andrew Jackson als glühenden Nationalisten, der das weiße Amerika gegen farbige Minderheiten (Indianer und Schwarze) schützte, Frauen nicht sonderlich schätzte und gegen Mexiko Krieg führen ließ. Wie Jackson im damals noch ländlichen Amerika kleine Farmer in Wallung brachte, stachelt heute Trump weiße Arbeiter und Angestellte im Hinterland auf. Und droht der Washingtoner Elite *tabula rasa* an.

Vor allem diese Stilisierung Amerikas zum wohlmeinenden Weltgendarm wäre einem Andrew Jackson zuwider

Bekanntlich hinken alle Vergleiche. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren im frühen 19. Jahrhundert noch ein ganz anderes, weltpolitisch erst erwachendes Land, und Jackson stärkte den Bundesstaat, was Trump keinesfalls im Sinn hat. Trifft dann die Einordnung seiner Außenpolitik als

gewesen.

„Jacksonianism“ zu? Durchaus, findet Walter Russell Mead, der Doyen der einschlägigen Forschung. Vor zwei Jahrzehnten schon warnte er in einem klassisch gewordenen Aufsatz in der Zeitschrift „National Interest“ vor dem Erstarken des Widerstands der America first-Anhänger gegen „Globalisten“ aller Couleur. Und das münde nun in Trumps nationalistischem Kurs gegen wirtschaftliche, politische und kulturelle Einflüsse von außen und ein multilaterales Engagement Amerikas, das die wechselseitigen Abhängigkeiten der Weltpolitik ignoriert.

Dieser Politikstil grenzt sich von den drei Varianten ab, die Mead mit Namen anderer Präsidenten der Vereinigten Staaten belegt hat. Als „jeffersonianisch“ bezeichnet er nach dem dritten Präsidenten und Verfassungsgeber Thomas Jefferson eine minimalistische Außenpolitik, die sich ganz auf Amerika konzentriert, den Machenschaften von Big Business misstraut und Kriegsabenteuer scheut. Jeffersons Gegenspieler Alexander Hamilton, auch er ein Gründervater der Republik, gab einer Außenpolitik den Namen, die einen aktiven Bundesstaat favorisiert, Amerikas Interessen in der Welt deutlich macht und internationale Stabilität garantiert. Wilsonianisch heißt schließlich nach Woodrow Wilson, dem 28. Präsidenten der Jahre 1913 bis 1921, eine idealistische Position, die eine von amerikanischen Werten geprägte liberale Weltordnung fördert, sich gegen autoritäre Regime und für multilaterale Organisationen stark macht, damals den Völkerbund, später die Vereinten Nationen. Vor allem diese Stilisierung Amerikas zum wohlmeinenden Weltgendarm wäre einem Andrew Jackson zuwider gewesen.

Im Washingtoner Alltag herrschte stets eine Mischung der Politikstile vor, deren gemeinsamer Nenner eher eine Politik der Zurückhaltung war, die Amerika im 20. Jahrhundert oft nur widerwillig aufgegeben hat. Dass die USA seit 1945 für die Sicherheit anderer Länder und der westlichen Welt sorgen, ist für Trumps Anhängerschaft genau der Skandal, weshalb sie den schärfsten Anti-Globalisten ins Weiße Haus gewählt hat, der im rechten Kandidatenspektrum zu finden war.

Häufig widerspricht das, was Trump um vier Uhr früh als #RealTrump twittert, den Einsichten,

Trifft die historische Analogie also zu, und erklärt sie die so chaotisch wirkende Außenpolitik der aktuellen Trump-Administration? Dazu muss man sich Andrew Jackson genauer ansehen, dem Historiker eine

die er ein paar Stunden späterals Oberbefehlshaber der US-Armee und Herr über deren Atomwaffenreservoir von sich gibt.

ganze Bibliothek von Biographien und Studien gewidmet haben. Darunter ist ein direkt nach dem Krieg erschienenes, mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnetes Werk von Arthur Schlesinger jr., dem späteren Berater und Redenschreiber John F. Kennedys. Er zeichnete den Gründer der Demokratischen Partei im Lichte späterer Demokraten wie Wilson und Franklin D. Roosevelt als Modernisierer, als Verfechter eines starken Bundesstaates und Anwalt der kleinen Leute gegen politische Korruption und korporative Geschäftsinteressen. Heutige Historiker sehen in ihm den Sklavenhalter, Indianerfresser, militärischen Abenteurer und einen Mann mit erheblichen Charakterschwächen.

Alexis de Tocqueville, der Franzose im Pantheon Amerikas, skizzierte Jackson als einen, der wie niemand zuvor auf seinen Feinden herumtrampelt und die Volksvertreter beleidigt. (Kommt einem bekannt vor...) Nun also „America first“, ein angegrauter Topos, den um 1940 weit rechts stehende Gegner des Kriegseintritts gegen Hitlerdeutschland einsetzten. Das außenpolitische Establishment in Washington D.C. lehnte Trump von Beginn an kategorisch ab, doch den Offenen Brief 100 bekannter Republikaner nahm Trump ungerührt zur Kenntnis. Die Distanzierung setzte sich nach der Wahl auch bei eingefleischten Neokonservativen der Reagan-Jahre und aus der Administation von George W. Bush fort. Trump umging jedoch die etablierten Think Tanks und rekrutierte sein Personal aus politisch unerfahrenen und durch bizarre Positionen bekannten Kreisen. Nach einem Jahr, da viele Posten in der US-Diplomatie immer noch unbesetzt sind, gibt es weiter kein klares Bild von der Außenpolitik des Weißen Hauses und des State Department. In diesen Bastionen des Establishments wähnen manche „die Erwachsenen im Raum“, Leute also, die den erratisch agierenden Präsidenten im Notfall zur Vernunft rufen.

Das schien eine Zeit lang zu funktionieren: Die NATO erklärte Trump für obsolet, bevor sein Außenminister und hohe Militärs die Beistandsgarantie bekräftigten (und auch Trump die NATO wieder für wichtig hielt). Mit Putin wollte Trump, der intensive Geschäftsbeziehungen mit Russen unterhält und dank dubioser russischer Manipulationen an die Macht gekommen ist, einen Ausgleich suchen, doch der Kongress beschloss harte Sanktionen (die Trump dann widerwillig unterzeichnete). Auch mit der Handelsmacht China kam es nicht zum angekündigten Krach, denn Amerika braucht die

kommunistische Diktatur in der Korea-Frage (und Trump schmeichelte dem Regime in Beijing).

Häufig widerspricht das, was Trump um vier Uhr früh als #RealTrump twittert, den Einsichten, die er ein paar Stunden später als POTUS, als Oberbefehlshaber der US-Armee und Herr über deren Atomwaffenreservoir von sich gibt. Die Mauer gegen mexikanische Einwanderung wird wohl auch in drei Jahren nicht gebaut, das Pariser Klimaabkommen ist gekündigt, aber erst nach seiner Amtszeit, und beim letzten Klimagipfel in Bonn gab die Allianz der amerikanischen Staaten, Städte und Zivilgesellschaft dem Ton an.

Die Liste der Ungereimtheiten und Widersprüche wird täglich länger. Eine klare „jacksonianische" oder sonstige Linie ist da nicht erkennbar oder sie bleibt latent, wenn man Trumps durchgängige Rhetorik gegen den Freihandel, den Multilateralismus der internationalen Beziehungen und seine Achse des Bösen für bare Münze nimmt. Was Nordkorea und Iran betrifft, hat er das außenpolitische Establishment und die Amerikaner weitgehend hinter sich, aber ein militärisches Abenteuer außerhalb der eigenen Grenzen wäre sicher nicht nach ihrem (und Jacksons) Geschmack.

Doch auch die angeblich Vernünftigen in der Administration agieren nicht rationaler als der Präsident und seine Militär-Entourage. Madeleine Albright, Außenministerin unter Bill Clinton, rief jüngst in einem Meinungs-beitrag den Notstand der nationalen Sicherheit aus. Dass Top-Diplomaten scharenweise das State Department verlassen haben und junge Talente nicht nachrekrutiert werden, ist Außenminister Rex Tillersons Werk. Der frühere Chef von ExxonMobil kürzte das Budget seines Hauses radikal und fuhr Amerikas humanitäres Engagement in der Welt auf allen Ebenen herunter. Seine Vision, wie die von Pentagon-Chef James Mattis und Sicherheitsberater H.R. McMaster, ist eine radikal geschrumpfte Zivilmacht auf Kosten einer massiv aufgerüsteten Militärmacht. Genau das könnte der tiefere Sinn der Berufung auf Andrew Jackson sein, der in Trumps Interpretation eine neue politische Bewegung geschaffen und das Weiße Haus wie ein Autokrat geführt hat, und zwar als Blaupause für die Aufsprengung des bestehenden Zweiparteiensystems und Modell für die Ermächtigung eines paranoiden Sicherheitsregimes, das dann nicht mehr Indianer jagt, sondern Terroristen aller Art.

Statt *History & Hope* nun also *Fire & Fury*? Trumps disruptive Präsident-schaft hat binnen eines Jahres die Reste der Reputation und Hegemonie der amerikanischen Weltmacht verspielt; das Ansehen der USA in der Welt ist so tief gesunken wie lange nicht, als globale

Ordnungsmacht sind sie ausgefallen. Die Verbündeten schwanken zwischen transatlantischem Treueschwur und Mannesmut vor Tyrannenthron. Einige Denkfabriken raten der Europäischen Union zum „Hamiltonian Moment“: Durchstarten zum europäischen Bundesstaat mit einer gemeinsamen Armee. Das wäre ein ironisches „Europa zuerst!“ gegen einen unberechenbaren Präsidenten, der ungewollt als Neugründer der EU und Jungbrunnen des Multilateralismus in die Geschichte einginge.



Claus Leggewie

Claus Leggewie ist Ludwig-Börne-Professor an der Universität Gießen.